



## Planungs- und Genehmigungsverfahren wirksam beschleunigen

Der nachhaltige Umbau hin zur Klimaneutralität, die Digitalisierung aller Lebensbereiche, der Erhalt und Ausbau der wirtschaftlichen Leistungskraft sowie der Versorgungssicherheit Deutschlands erfordern umfassende und fortlaufende Investitionen. Deutschland braucht mehr Tempo bei Planungs-, Genehmigungs- und Bauverfahren.

Die Union fordert dazu das Planungs- und Genehmigungsrecht, entsprechende Verwaltungsverfahren sowie das Verwaltungsprozessrecht grundlegend und mit dem Ziel der Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung zu überarbeiten. Hierfür sind insbesondere erforderlich: stringenter Planungsverfahren und gesetzliche Stichtagsregelungen mit möglichst kurzen Standardfristen für Einsprüche (Grundsatz: „Genehmigung gilt bei Nichtäußerung als erteilt!“) und verbindliche Höchstdauern von Genehmigungsverfahren. Grundsätzlich keine Berücksichtigung sich ändernder Rahmenbedingungen im laufenden Verfahren.

Außerdem weist die Unionsfraktion darauf hin, dass die Einführung einer bundesweiten Musterbauordnung sowie von Bonus-Malus-Regelungen in Bauverträgen vieles erleichtern könnte und dass eine Verlängerung der erfolgreichen Regelung im Baugesetzbuch zum beschleunigten Verfahren im unmittelbar an den Ort angrenzenden Außenbereich um weitere zwei Jahre angezeigt ist.

Um die Verfahren zu beschleunigen wird auch dringend mehr Personal und eine bessere finanzielle Ausstattung der Planungs- und Genehmigungsbehörden sowie der Gerichte im föderalen Miteinander mit Ländern und Kommunen gebraucht.

Die Erfahrungen aus der Vergangenheit und die Herausforderungen der Zukunft machen klar: Die Beschleunigung von Planungs-, Genehmigungs- und Bauverfahren muss einen wesentlichen Beitrag leisten, um ökologische, wie ökonomische Verbesserungen früher, erfolgreicher und in der Folge auch langfristiger zu realisieren.

Die Schaffung schlanker Verfahren muss als Kraftakt im engen Schulterschluss aller politischen Ebenen, insbesondere auch der Länder und der Kommunen, sowie aller gesellschaftlichen Akteure angegangen werden.

Deutsches Recht ist im Bereich der Planungs-, Genehmigungs- und Bauverfahren maßgeblich mitbestimmt durch europäische Vorgaben und internationale Verpflichtungen. Durch die Zielsetzungen des Green Deal wird die europäische Politik auf eine vollkommen neue Grundlage gestellt. Es ist aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zudem dringend erforderlich, dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene auch für entsprechende Veränderungen und Flexibilisierungen im für die Planungsverfahren maßgeblichen Rechtsrahmen einsetzt. Gleichmaßen bedarf es der Begrenzung nationaler Regelungen auf das Mindestmaß unionsrechtlicher Vorgaben.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,



die CDU Nordrhein-Westfalen und unser Spitzenkandidat Hendrik Wüst haben die Landtagswahl vergangenen Sonntag sehr klar gewonnen und von den Wählerinnen und Wählern den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung erhalten. Mit den erzielten 35,7 Prozent der Stimmen und neun Prozent vor der SPD sind wir klar stärkste Kraft im neuen Landtag von Nordrhein-Westfalen. Nur der damalige CDU-Ministerpräsident Franz Meyers hatte übrigens 1958 einen größeren Vorsprung zur NRW-SPD. Hendrik Wüst und die CDU-NRW haben in den letzten Jahren viel erreicht: Es wurden 10.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer eingestellt, 82.000 zusätzliche Kita-Plätze geschaffen und ein zweites beitragsfreies Kindergartenjahr eingeführt. Außerdem: Null Toleranz gegenüber Kriminellen und spürbar mehr Sicherheit. Diese gute Bilanz haben die Wählerinnen und Wähler honoriert.

Gleichzeitig war die NRW-Wahl aber auch ein bundespolitisches Stimmungsbild. Dabei wurde der klare Kurs der Union im Bund von den Bürgerinnen und Bürgern geschätzt. Die Wahlkampfunterstützung von Olaf Scholz hat der SPD dagegen nicht geholfen und zum historisch schlechten Abschneiden geführt. Das Wahlergebnis der SPD drückt auf den Punkt gebracht die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung und mit dem Bundeskanzler aus.

Jetzt müssen wir in Nordrhein-Westfalen zügig dafür sorgen, eine verlässliche und stabile Regierung zu bilden. Als größte Aufgabe sehen wir dabei, so wie es Henrik Wüst formuliert hat, die Versöhnung von „Klimaschutz und Industrieland“. Deshalb wollen wir dieses Thema, neben der Sicherheit, der Mobilität und der Bildung bei den anstehenden Gesprächen nach vorne stellen. Ziel ist ein Zukunftsbündnis auf Augenhöhe zu bilden, das Antworten und Lösungen auf diese Fragen gibt.

Herzliche Grüße aus Berlin und bitte bleiben Sie gesund! Ihr

Dr. Günter Krings, MdB  
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch



## Berufliche Bildung als Fachkräfte-Booster nutzen Weder Chancen noch Innovationen im Bildungsetat

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages beriet in der dieswöchigen Bereinigungssitzung zum Bundeshaushalt 2022 abschließend den Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Hierzu erklären Christian Haase, haushaltspolitischer Sprecher, und Kerstin Radomski, zuständige Berichterstatterin für den Einzelplan 30:

**Christian Haase:** „Immer mehr Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt – der Fachkräftemangel ist inzwischen in fast allen Bereichen sichtbar. Hier ist Handeln angesagt. Gerade im Handwerksbereich. Die Berufliche Bildung ist ein zentraler Schlüssel zur Fachkräftesicherung. Statt diese umfassend finanziell zu fördern, kürzt die Ampel die dafür vorgesehenen Mittel im Etat von Ministerin Stark-Watzinger. Das ist absolut das falsche Signal, welches in wichtigen Jahren der aktuellen Transformation auf dem Arbeitsmarkt nicht den Anforderungen gerecht wird. Damit nimmt die Ampel jungen Menschen echte Chancen zur persönlichen Weiterentwicklung und verkennt das Potential der Beruflichen Bildung als Fachkräfte-Booster.“

**Kerstin Radomski:** „Auch die Forschung wollen wir als Union weiter voranbringen. In Form von Wettbewerben sollen zum Beispiel neue Therapien gegen Autoimmunerkrankungen entwickelt werden, Ideen für eine innovative Lebensmittelproduktion entstehen und die Fusionsenergie als Pfeiler eines nachhaltigen Energiesystems erforscht werden. Damit wollen wir ein sicheres und gesundes Leben in Deutschland gewährleisten. Die Ampel zeigt sich hier nicht besonders einfallsreich.“

Fotos: Tobias Koch/ Jan Kopetzky

## Fraktionschef Merz wirft Kanzler „doppeltes Spiel“ vor



Zum Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs gab Kanzler Olaf Scholz eine Regierungserklärung am gestrigen Donnerstag im Bundestag ab. Nach der Regierungserklärung betonte CDU-Fraktionschef Friedrich Merz in seiner Antwort, dass die dringend benötigten Hilfen an die Ukraine weitergehen und ausgeweitet werden müssen: „Wir wollen und müssen dem Land finanziell und humanitär weiterhelfen. Wir wollen einvernehmlich hier in diesem Haus mit Sanktionen dafür sorgen, dass das Putin-Regime getroffen wird. Dass der gesamte militärisch-industrielle Komplex dieses Landes so hart wie möglich getroffen wird.“

Friedrich Merz kritisierte den Kanzler scharf und warf ihm mit Blick auf Waffenlieferungen an die Ukraine Irreführung der Öffentlichkeit vor. „Es wurde so gut wie nichts geliefert, stattdessen versprechen sie Waffen, die die Ukraine gar nicht haben möchte.“ Deutsche Rüstungsunternehmen beklagten schon länger, dass sie keine Exportgenehmigung bekommen würden.

Zudem forderte Merz den Kanzler auf, die seit Wochen in der Kritik stehende Verteidigungsministerin Lambrecht zu entlassen. „Trennen Sie sich von dieser Ministerin so schnell wie möglich“, sagte er. Lambrecht sei seit Wochen „mehr mit Selbstverteidigung als mit Verteidigungspolitik beschäftigt.“

Der Fraktionschef bemängelte außerdem, dass die Verhandlungen über das geplante Sondervermögen für die Bundeswehr nicht vom Fleck kommen. Erneut drang er darauf, dass die 100 Milliarden Euro ausschließlich für die Bundeswehr ausgegeben werden.

Friedrich Merz kritisierte den Kanzler nicht nur dafür, was er gesagt hat, sondern vor allem dafür, was er nicht gesagt hat: Keine Worte zu möglichen EU-Beitritten von Ländern des Westbalkans und der Ukraine, keine Äußerung dazu, ob Deutschland nach dem Krieg Sicherheits-Garantien für die Ukraine abgeben werde oder wie das Land wieder aufgebaut werden solle. Merz zu Scholz: „Sagen sie uns ihre Meinung zu diesen wichtigen Themen!“ Ebenfalls kein Thema der Regierungserklärung: die Handelspolitik und das Verhältnis der EU zu China und Indien. Dabei sei es für Europa sehr wichtig, dass Deutschland hier klare Positionen habe. Friedrich Merz betonte, dass zwar Abkommen über Gas-Lieferungen mit Katar geschlossen werden, es aber keine Debatte im Bundestag über das Handelsabkommen mit Kanada gebe. Merz fasste zusammen: „Ihre Regierungserklärung bleibt weit hinter dem zurück, was für einen Epochenwechsel notwendig gewesen wäre.“

Foto: CDU/CSU-Fraktion/Michael Wittig

### Impressum:

Ausgabe Nr. 09/2022,  
20. Mai 2022

**Landesgruppe NRW** der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)  
**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck